



Der chinesische Traum

Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis China die Vereinigten Staaten als Weltmacht Nummer eins ablöst. Nach der wirtschaftlichen Aufholjagd machen sich Pekings Herrscher nun daran, die neugewonnene Stärke politisch umzusetzen. Wer muss vor dem neuen Reich der Mitte zittern?

Im chinesischen Internet hat die Zukunft der Menschheit schon begonnen: Der Horizont glüht, der Himmel ist entflammt, Wolken türmen sich lila-schwarz über einem steinernen Portal, Feuer, Trommelwirbel – China macht sich bereit zurückzuschlagen. Ein Raumschiff schwebt über eine sanfte Hügellandschaft, die Musik schwillt an, Chöre singen, und eine tiefe Männerstimme beschwört, was die Welt erwartet.

Es ist das Jahr 2060, China steht an der Spitze der Nationen als das „am höchsten entwickelte Land“. Doch 14 junge Menschen, zornig und „heißblütig“, können nicht vergessen, dass feindliche Mächte vor 200 Jahren den alten Sommerpalast in Peking zerstörten, ein Symbol für Chinas Kapitulation vor dem Westen und für das „Jahrhundert der Schmach“, das erst Mao Zedongs Revolution von 1949 beendete. Also reisen die Rächer zurück in die Vergangenheit, ins Jahr 1855, als die

Qing-Dynastie, das Kaiserreich, „schwach und machtlos“ war.

Die 14 Zornigen lehren den Menschen die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und bekämpfen die fremden Invasoren mit den modernsten Waffen, Panzern, Helikoptern, Flugzeugträgern. Dann spricht die Männerstimme die erlösenden Worte: „Ein phantastisches Drama, in dem das chinesische Volk die westlichen Mächte vernichtet, hat begonnen.“ Und so erfüllt sich der chinesische Traum



Probe für die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Volksrepublik

SHENG LI / REUTERS

zumindest am Computer: Die Geschichte wird umgeschrieben. Die Demütigung bleibt China, dieser mächtigen, stolzen, uralten Zivilisation, erspart.

„Giant Online“ heißt das Spiel, mit dem sich viele Chinesen im Netz vergnügen und das mit ihrer Liebe zum Vaterland spielt. Doch den kollektiven Traum eines Welt-Giganten, der so stark ist, dass er vergangene Demütigungen rückgängig machen kann, lebt China nicht länger nur virtuell im Internet aus.

Die asiatische Großmacht mit einer mehr als viermal so großen Bevölkerung wie die der USA, mit zweieinhalbmal so vielen Menschen wie die Europäische Union schickt sich an, auch in der Realität den alten Hegemon, den Westen und seine Vormacht, die Vereinigten Staaten von Amerika, herauszufordern und womöglich abzulösen. Nach 30 Jahren einer umwälzenden Modernisierung ist die halbe Wegstrecke zurückgelegt, lebt nur noch etwa die Hälfte der 1,3 Milliarden Chinesen auf dem Land.

Schon jetzt muss der Westen erkennen, dass seine Vorstellungen von einer Annäherung der Systeme Illusion waren. Nur in einem sehr oberflächlichen Sinn hat die Globalisierung, deren größter Gewinner China ist, das Land immer westlicher gemacht – in Shanghai wie in New York tragen erfolgreiche Manager dunkle Anzüge, lesen die „Financial Times“ und lassen sich in großen Mercedes-Limousinen chauffieren.

China ist eine Kontinentalmacht mit einer vielleicht 5000-jährigen Geschichte,

die gar nicht daran denkt, die Hoffnung des Westens zu erfüllen. Die kommunistischen Herrscher Pekings brauchen für ihre Legitimation keine demokratischen Wahlen, sondern die Fähigkeit, ein ungebrochenes Wirtschaftswachstum zu garantieren. Und das haben sie bisher geliefert.

Nun setzt das Land zum entscheidenden Sprung an die Spitze an: Wann genau China die USA, die bisherige Nummer eins, ablöst, ist bereits zu einem beliebten Gesellschaftsspiel von Ökonomen geworden: 2027, hat die Investmentbank Goldman Sachs prognostiziert, die internationale Großbank Standard Chartered tippt auf 2020, der britische „Economist“ gar auf 2019. Hat dann, womöglich noch in dieser Dekade, das Zeitalter des roten Planeten begonnen?

Als einer der ersten Emissäre des Westens, der britische Lord George Macart-

ney, 1793 dem chinesischen Kaiser seine Aufwartung machen wollte, verhandelten die Delegationen sechs Wochen vor der Audienz über die richtige Art, sich dem Herrscher zu nähern. Die chinesische Seite bestand auf dem vollen Zeremoniell eines Kotsaus, dreimal sollte der Westler vor dem Sohn des Himmels niederknien und neunmal mit seiner Stirn den Boden berühren. Die Mission erwies sich als Fehlschlag.

Und heute?

Heute drängen sich die Besucher in Peking und erleben dort schon jetzt die neue Macht des alten Reichs der Mitte. Die chinesische Regierung „zeigt ihre Muskeln“, berichtete Anfang vergangenen Jahres Jon Huntsman, Washingtons Botschafter in Peking, nach Hause, sie übe sich in „Triumphalismus und Anmaßung“. Als sich Chinas Nachbarn bei einem Asean-Treffen im vorigen Sommer über Pekings

sinozentrische Weltsicht beschwerten, wies Außenminister Yang Jiechi die Diplomaten schroff zurück: „Erinnern Sie sich bitte alle daran, wie sehr Ihr wirtschaftlicher Wohlstand von uns abhängt.“

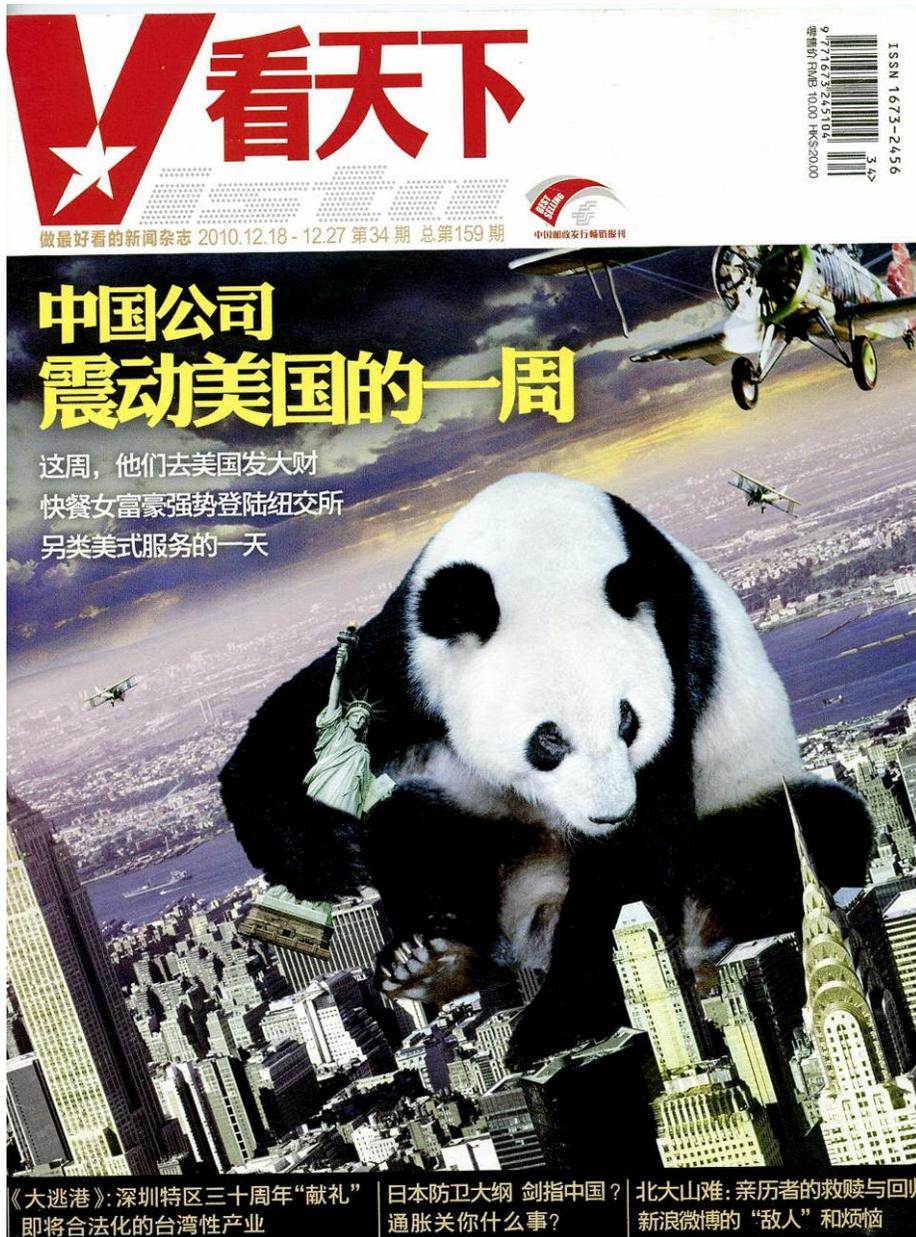
Da hat, unübersehbar, ein Großer die Bühne der internationalen Gemeinschaft betreten, einer, der sich nun daranmacht, die wirtschaftliche Stärke in politische Vorteile umzumünzen. „Die Diplomatie des Lächelns ist vorbei“, sagt der amerikanische China-Experte Richard Armitage, der zuvor stellvertretender Außenminister war. Amerika könne nicht länger als die letzte verbliebene Supermacht betrachtet werden, urteilt Henry Kissinger, der Altmeister der amerikanischen Außenpolitik.

Nun droht auch dem Westen das Lächeln zu vergehen, wenn er plötzlich bemerkt, wie sehr dieser Global Player die eigene Bewegungsfreiheit einschränkt. Unvergessen die Szene der Hilflosigkeit, als sich Präsident Barack Obama 2009 beim Kopenhagener Klimagipfel von einem Vizeminister des chinesischen Außenministeriums, der mit dem Finger vor seinem Gesicht fuchtelte, in schrillen Tönen belehren lassen musste. Die europäischen Mächte Frankreich und Großbritannien fühlten sich dort dermaßen dupiert, dass ihre Botschafter nach Ende der Konferenz offiziell gegen die Behandlung protestierten.

Seither haben sich solche Blamagen wiederholt. Bei der Uno-Klimakonferenz in Cancun konnte China abermals erfolgreich Bemühungen blockieren, ein Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu erreichen. Doch während China auf internationaler Ebene einen Durchbruch beim Kampf gegen die Klimaerwärmung verhindern konnte, setzen chinesische Forscher und Ingenieure zu Hause alles daran, bei der Gewinnung erneuerbarer Energien auch technologisch in Führung zu gehen. Keine Fesseln, nur Erfolge – das ist Chinas Rezept beim Aufstieg an die Spitze.

Immer lauter vertritt Peking seine globalen Interessen: Das Südchinesische Meer, mit allen seinen Inseln und vermuteten Ölvorkommen, die auch Länder wie Vietnam und die Philippinen beanspruchen, reklamieren Pekings Herren nahezu für sich allein. Von Sri Lanka über Burma, von Pakistan bis nach Griechenland, dem hochverschuldeten EU-Land, baut China Hafenanlagen. Mit dem Nato-Mitglied Türkei hat es bereits erste gemeinsame Militärmanöver unternommen.

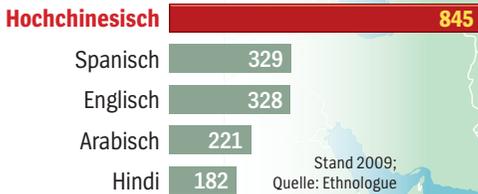
Nicht länger verhallen Pekings Drohungen ungehört. Als China warnte, an den Feierlichkeiten zur Verleihung des Friedensnobelpreises für den Dissidenten Liu Xiaobo teilzunehmen, fehlten in Oslo gleich 15 Nationen, darunter Russland, Saudi-Arabien und selbst der USA-Klient Afghanistan.



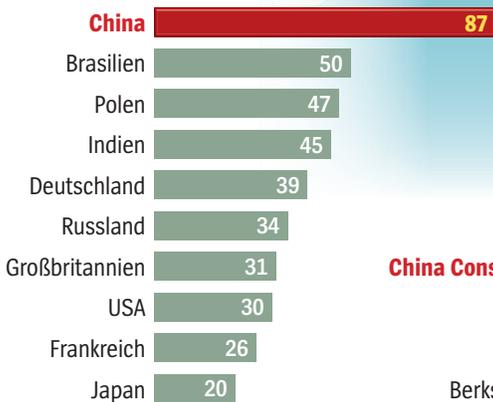
Titelseite des chinesischen Nachrichtenmagazins „Vista“: Sinozentrische Weltsicht

Fernöstliche Führung

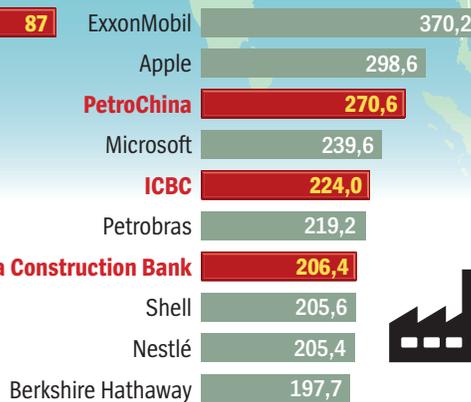
Die am häufigsten gesprochenen Sprachen der Welt
in Millionen Muttersprachlern



Zufriedenheit mit der Entwicklung des eigenen Landes
Ausgewählte Länder, in Prozent der Bevölkerung



Die wertvollsten Unternehmen der Welt
Börsenwert, in Milliarden Dollar



Devisenreserven
ohne Gold, in Billionen Dollar



So präsentiert sich die Volksrepublik zu Beginn des Jahres 2011 selbstbewusst wie noch nie: Das Land produziert heute drei Viertel aller DVD-Spieler und Fernsehgeräte, zwei Drittel aller Kopierer, Schuhe, Spielsachen und Mikrowellenherde. Dazu über die Hälfte aller Handys und Textilien.

Rund 400 Milliarden Euro, eines der größten Konjunkturpakete der Geschichte, gibt die Regierung für neue Straßen, Brücken, Flughäfen aus. Auch im neuen Jahr wird Staats- und Parteichef Hu Jintao, 68, eine Wirtschaft lenken, die mit rund neun Prozent wachsen dürfte – von so einer Zahl können westliche Regierungschefs nur träumen. Wenn dagegen eine Megastadt wie Peking einfach nur Zulassungsbeschränkungen für Personewagen verkündet, brechen in Deutschland die Kurse der Automobilhersteller ein.

Die Weltfabrik hat die größten Devisenreserven angehäuft, über 2,6 Billionen Dollar, sie ist der größte Gläubiger der USA. Aller Voraussicht nach überholte sie 2010 Japan als zweitgrößte Industrienation; und erst kürzlich hängt sie die USA als größten Energieverbraucher der Welt ab.

Überdies sieht sich Peking als Sieger der Weltfinanzkrise, die 2008 in den USA ausbrach und die Autorität der westlichen Supermacht wie ihrer europäischen Verbündeten nachhaltig erschütterte. Vor 30

Jahren, unter dem großen Reformier Deng Xiaoping, habe der Kapitalismus China gerettet, lautet eine an der Wall Street mit bitterem Sarkasmus verbreitete Sottise, jetzt, in der Finanzkrise, habe China den Kapitalismus gerettet.

Am Rande des Finanzkollapses konnte niemand Pekings globales Engagement außer Acht lassen. Auch nicht die USA. So musste die Washingtoner Regierung die von der Pleite bedrohten Baufinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac auch deshalb retten, weil China einen wichtigen Anteil an diesen Großbanken hielt. Seither gilt das reiche China als begehrter Retter in Not, der sich etwa beim Investmenthaus Blackstone einkaufte oder sich zum Schnäppchenpreis ein schönes Stück der Barclays Bank sicherte: „Wie redet man Klartext mit seinem Banker?“ – mit diesen Worten beschrieb Außenministerin Hillary Clinton laut den jüngsten WikiLeaks-Enthüllungen ihr Dilemma gegenüber der aufsteigenden Supermacht.

Und wie Krösusse betreiben Hu und sein Premier Wen Jiabao rund um den Erdball Einflusspolitik: Um die Europäer auf seine Seite zu ziehen, reiste der chinesische Staatspräsident vor dem G-20-Gipfel nach Frankreich. Mit Präsident Nicolas Sarkozy – vor zwei Jahren ächteten die Chinesen ihn wegen seines Treffens mit dem Dalai Lama noch mit einem Tou-

rismus-Boycott – besiegelte Hu Geschäfte über 20 Milliarden Dollar. Dem schuldengeplagten Portugal versprach er die Verdoppelung des bilateralen Handels.

In Athen gelobte Premier Wen, China werde den klammen Griechen Staatsanleihen abkaufen, sobald sie diese wieder an Finanzmärkten anböten. In Italien verkündete der Chinese weitere Wohltaten. Dabei klang er so großzügig, als wolle die neue Weltmacht Europa mit einem chinesischen Marshall-Plan beglücken – ähnlich wie einst die USA dem zerstörten Kontinent nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Ruinen halfen.

Doch China wäre nicht China, wenn das Land nicht stets auch konkrete Gegengeschäfte im Sinn hätte. Die aktuelle Schwäche des Euro wollen die Herrscher aus Peking nutzen, um die EU zur Lockerung der Regeln für sensible Hightech-Ausfuhren nach China zu drängen. Bei seinem jüngsten Besuch in Brüssel verbat sich Premier Wen Forderungen nach Aufwertung des Yuan – obwohl Peking mit dem niedrigen Wechselkurs auch seine Exporte nach Europa verbilligt.

Das US-Magazin „Forbes“ kürte Hu jüngst zum mächtigsten Mann auf dem Planeten: Der Staats- und Parteichef walte diktatorisch über 1,3 Milliarden Untertanen, ein Fünftel der Menschheit.

Und anders als westliche Staatsmänner, staunte „Forbes“, könne Hu einfach Flüs-

se umleiten, Städte bauen, Dissidenten einsperren und das Internet zensieren – ohne sich mit lästigen Bürokraten und Gerichten herumschlagen zu müssen.

PEKING KAUFTE EINEN KONTINENT

Nirgendwo zeigt sich Chinas Expansion deutlicher als in Afrika. Die Exporte nach Afrika haben sich in den vergangenen zehn Jahren verzweifelt, die Ausfuhr des Kontinents in die Volksrepublik sind noch stärker gewachsen. Seit 2010 sind die Chinesen der wichtigste Handelspartner der Afrikaner.

Nun belegen die USA Platz zwei, und das scheint sie zu ärgern. Johnnie Carson, im State Department als Unterstaatssekretär zuständig für afrikanische Angelegenheiten, fand in der nigerianischen Hafenstadt Lagos klare Worte über die chinesischen Rivalen: „China ist ein sehr

Doch Chinas Unterhändler bringen einen entscheidenden Verhandlungsvorteil mit: Sie halten sich nicht mit Fragen nach Demokratie oder Menschenrechten auf. Zehn Prozent der chinesischen Ölimporte kommen heute aus dem Sudan, dessen Präsident Umar al-Baschir wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag per Haftbefehl gesucht wird. Als vor fünf Jahren die ganze westliche Welt Simbabwe Diktator Robert Mugabe schnitt, erklärten die Chinesen ihn zum „Freund Nummer eins“ – und sicherten sich Schürfrechte und Bergbaulizenzen.

Ausufernde Korruption, miserable Regierungsführung, eine gegängelte Opposition, geknebelte Presse? Alles innere Angelegenheiten, um die sich Peking aus Prinzip nicht kümmert.

dell für viele Entwicklungsländer aufgestiegen.

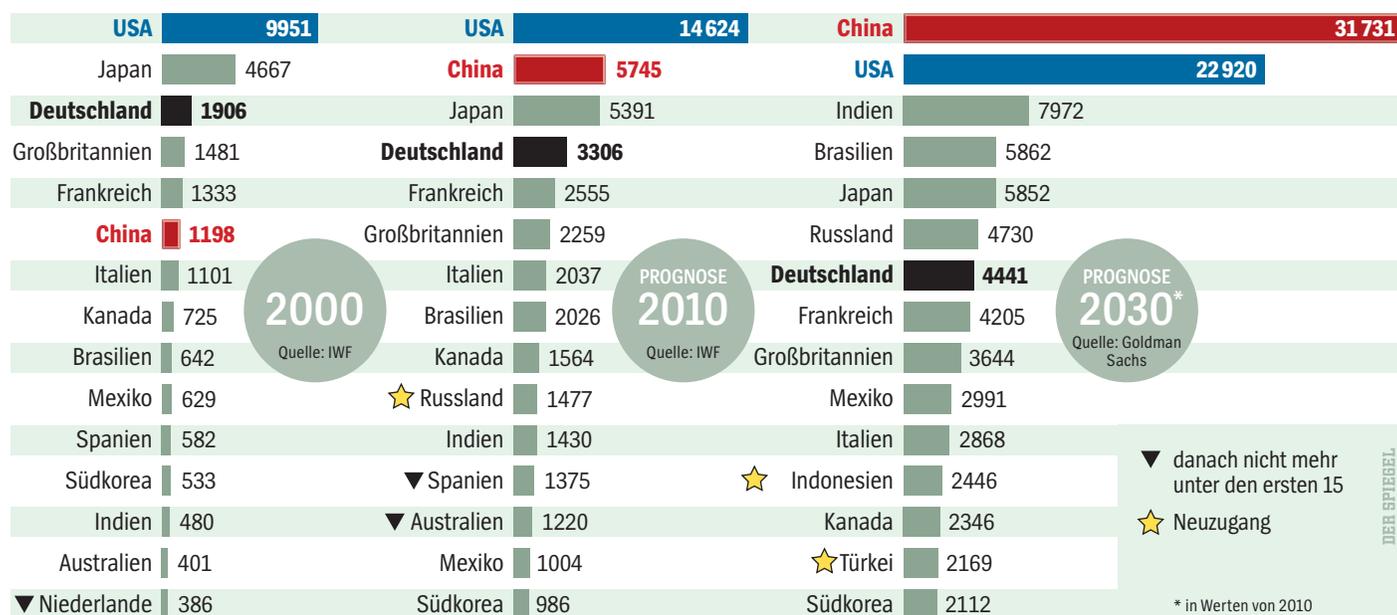
Andererseits warnen Wirtschaftsexperten, das Engagement der Volksrepublik auf dem Kontinent führe die Afrikaner nur wieder in Abhängigkeit und die nächste Schuldenkrise, ganz so wie vor 40 Jahren, nachdem sich die alten westlichen Kolonialmächte lange über die Rohstoffe des Kontinents hergemacht hatten.

Denn wie einst die Kolonialmächte lässt auch China in Afrika nichts produzieren. Afrika ist für Peking ein reiner Absatzmarkt, der halbe Kontinent trägt heute Plastikschlappen oder T-Shirts made in China.

Bei der Bevölkerung in Afrika sind die Chinesen heute schon oft genug verhasst. Sie gelten als Sklaventreiber, die in ihren Minen miserable Löhne zahlen. In Niger haben chinesische Unternehmer die Kum-

Wirtschaftsmacht der Zukunft

Bruttoinlandsprodukt, in Milliarden Dollar



aggressiver und schädlicher Konkurrent ohne jede Moral“, sagt er im Gespräch mit Ölmanagern.

56,5 Milliarden Dollar haben chinesische Firmen 2009 in Afrika investiert, eine Million Chinesen leben mittlerweile auf dem Kontinent. Ohne sie und ohne das Geld aus der Volksrepublik wäre die Wirtschaft Afrikas 2010 niemals um fünf Prozent gewachsen.

Was die Amerikaner am meisten stören muss: Die Chinesen sind aus dem gleichen Grund da wie sie selbst. Es geht weniger um geostrategische Vorteile wie noch im Kalten Krieg. Es geht um die Rohstoffe, die der Kontinent in Riesenmengen birgt. Chinas Wirtschaft giert nach Öl und Gas aus Nigeria, nach Kohle und Kupfer aus Sambia, nach Holz und Coltan aus dem Kongo – Materialien, die die Amerikaner auch haben wollen.

Besonders bei Afrikas Führern sind Chinesen deshalb beliebt. Das Geschäftsmodell ist immer das gleiche: Peking baut Straßen, modernisiert Häfen, schweißt Schienen oder zieht wie in Namibia oder Gabun auch mal einen luxuriösen Präsidentenpalast hoch. Dafür erhalten die Firmen aus Fernost Schürflizenzen, sichern sie sich Öl- und Gaslieferungen zu Vorzugskonditionen aus Angola oder Kupfer und Kobalt aus dem Kongo.

Das Wichtigste: Kredite in Milliardenhöhe vergibt China ohne lästige Bedingungen wie gute Regierungsführung oder Transparenz. Pekings Bedingungen sind einfach: Zahlt pünktlich zurück, alles andere ist uns egal.

Damit ist das Monopol der Welt-Banker aus Washington schon heute gebrochen. China mit blühender Wirtschaft und autokratischer Führung ist zum Mo-

pel ohne Schutzkleidung Uran abbauen lassen. In Sambia konnten zwei chinesische Manager einem Gerichtsprozess nur durch Zahlung einer Entschädigung entgehen. Sie hatten auf demonstrierende Bergarbeiter geschossen. Gegen Umweltauflagen verstoßen die Investoren aus Fernost fast schon aus Prinzip.

DIE PISA-HELDEN VON SHANGHAI

Auch im Land selbst tut China alles, um seine künftige Stellung abzusichern. Dass es auch dabei erfolgreich ist, bekam die Regierung nun erstmals schriftlich von der OECD: Die Volksrepublik kann sich mit der klügsten Jugend der Welt brüsten – beim jüngsten Pisa-Test errangen die Teilnehmer aus Shanghai Platz eins. Was macht sie so besonders?

Putz blättert von den Wänden, es ist so kalt im Klassenraum, dass der Lehrer

einen Daunenmantel trägt. 40 Kinder in blauen Trainingsanzügen, mit roten Halstüchern, aufgereiht an winzigen Pulten, starren auf die Leinwand. Geschichte, USA, ein Foto von einem Afrikaner in Ketten. Der Lehrer, Nike-Logo auf der Brust, erklärt den Schülern, Nike-Logo auf den Turnschuhen: „Damals war Amerika ein Land mit Sklavensystem.“

Klick, weiter geht es in der „Zweiten Mittelschule“ in Shanghai, die der Fudan-Universität angeschlossen ist. Industrialisierung, rauchende Fabrikschlote. „Was denkt ihr bei diesem Bild?“ „Das ist gar nicht so umweltfreundlich.“ Klick, Attentat auf Lincoln, der Lehrer zitiert Marx in chinesischer Übersetzung: „Abraham Lincoln ist ein Mensch, der ein großartiges Niveau erreicht hat. Trotzdem ist er bescheiden geblieben.“ Klick, Lincolns Lebenslauf vom verschuldeten Kleinunternehmer zum Präsidenten. „Welche Gefühle löst das bei euch aus?“ Ein Mädchen mit Pferdeschwanz steht auf und antwortet: „Auch wenn man scheitert, muss man sich stets um Erfolg bemühen. Man darf nicht aufgeben.“

Pause. Klassische Musik dringt aus Lautsprechern, die Schüler formieren sich im Hof, joggen in Kolonnen. Später, nach dem Salut, werden sie wieder Übungssätze nachsprechen, auf Englisch, im Chor: „Er spielt Basketball.“ – „Sie ist seit einem Jahr Parteimitglied.“

Ihr Leben ist Wettbewerb, ihre Angst: die Eltern zu enttäuschen. An der Wand hängen ihre Auszeichnungen, Preise beim Sportfest, beim Singen während des militärischen Trainings, sogar für ihre herausragende Disziplin beim Mittagessen haben sie eine Urkunde bekommen. In der Vitrine stehen die Ehrungen der Schule, Preise bei der Roboterolympiade, beim Mittelschulen-Wissenschaftsenglisch, beim Melodram-Wettbewerb.

Nur die Pisa-Prüfung, über die die ganze Welt berichtete, wird nirgends erwähnt. Keine Urkunde, kein Zeitungsausschnitt, nichts. Die Schüler haben jedes Jahr 4 große Prüfungen plus 30 kleine Tests zu bestehen. Die Besten trainieren nebenbei noch für Klavier- und Mathe-Olympiaden, und alle denken sie nur an eines: die Zulassungsprüfung für die obere Mittelschule. Pisa, sagen die Schüler, sei einfach nicht so wichtig gewesen.

KONFUZIUS' SIEGESZUG

China wird respektiert als Konkurrent, ernst genommen als Gegner, geschätzt als Geschäftspartner, gemocht aber wird das Land selten. Und so federt China seine Eroberungstour durch die Welt, die den Zugang zu Ressourcen sicherstellen soll, mit Hilfe gezielter Imagepflege ab.

Eine Meisterleistung in Sachen Soft Power ist der globale Siegeszug des alten Meisters Konfuzius, dessen Lehre von



Premier Wen bei Silvio Berlusconi in Rom ...



... bei Georgios Papandreou in Athen



... bei Barack Obama in Washington



Präsident Hu in Sambia

Chinesische Staatsgäste

„Die Diplomatie des Lächelns ist vorbei“

Pflicht, Fleiß und Loyalität nach kurzer Verbannung durch die Kommunisten heute wieder zu den Grundlagen der chinesischen Gesellschaft gehört. 2004 öffnete das erste Konfuzius-Institut in Seoul. Nur sechs Jahre später gibt es mehr als 300 Konfuzius-Institute in über 90 Ländern, in denen die Welt die Sprache der künftigen Weltmacht lernt – schon heute ist Mandarin mit großem Abstand die am häufigsten benutzte Sprache – und nebenbei den chinesischen Blick auf die Welt.

Junge Thailänder führen das chinesische Theaterspiel „Mulan geht zur Armee“ auf. Junge Mexikaner üben chinesische Volkstänze. Junge Simbabwe übersetzen afrikanische Lieder ins Chinesische. In Madagaskar haben Studenten neulich den 2561. Geburtstag von Konfuzius gefeiert. In Ruanda begingen sie den 60. Geburtstag der Volksrepublik China.

Andererseits sorgen sich Akademiker und Journalisten in Australien, den USA, in Schweden oder Deutschland um die Unabhängigkeit der Forschung und die Freiheit der Rede, wenn an Hochschulen in der ganzen Welt mit finanzieller Förderung Chinas plötzlich Konfuzius-Institute aus dem Boden schießen. Als China sich über den Friedensnobelpreis für den Dissidenten Liu Xiaobo empörte, blieb es an deutschen, auch mit chinesischen Geldern bedachten Konfuzius-Instituten verdächtig ruhig.

Inzwischen hat China auch erkannt, dass eigene Nachrichten, produziert von eigenen Medien, eine effektive Methode sind, um die Weltmeinung zu beeinflussen. Das chinesische Staatsfernsehen CCTV sendet nicht nur in Englisch, Französisch und Spanisch, sondern auch in Arabisch und Russisch. Seit 2009 gibt es eine englische Ausgabe der „Global Times“. Sie erscheint unter der Schirmherrschaft der „Renmin Ribao“, des Sprachrohrs der chinesischen KP.

Wenn Lu Jingxian, 35, der Kommunistischen Partei eine Stimme gibt, schaut sie auf die Skyline von Manhattan. Die Hochhäuser von New York, eingesperrt in einer Schneekugel, hat sie nach Peking mitgebracht, in die Redaktion der „Global Times“. Sie sollen sie erinnern an die Stadt, in der sie drei Jahre lang arbeitete, die sie mochte wegen ihrer Energie, ihrer Vielfalt. In geschliffenem Englisch sagt sie, New York sei ein „Ort der Freiheit“.

Was die Welt von China lernen kann? „Hart arbeiten und Harmonie.“ Warum die Welt Angst hat vor China? „Weil sie nicht weiß, wie China sich künftig verhält. Weil China der größte Konkurrent der USA ist.“

Lu sagt, sie sei stolz auf China. Die Olympischen Spiele, der Pekingener Flughafen-Terminal, die weltbekannten Wol-

kenkratzer, das alles sei doch sehr beeindruckend. Was denn der Vorteil des chinesischen Systems sei? Lu antwortet: „Effizienz.“

Sie hätte in Amerika bleiben können, so wie ihre ältere Schwester, die in New Jersey lebt. Aber sie wurde zu einem dieser Rückkehrer, die man in China „Hai-gui“ nennt, „Meeresschildkröten“.

Mehr als 100 000 waren es 2009, Chinesen, die im Ausland ausgebildet wurden und die es nun in die boomende Heimat zieht – so wie Schildkröten an den Ort ihres Schlüpfens.

Lus Arbeitgeber, die englischsprachige „Global Times“, hat den Kampf um die Deutungshoheit internationaler Politik aufgenommen. Den ausländischen Lesern gegenüber gibt sich die Partei moderat und lässt durchaus über Skandale im eigenen Land berichten, wie etwa über den Missbrauch von geistig behinderten Arbeitern oder über chinesische Piloten, die bei der Anzahl ihrer Flugstunden schummeln.

Sogar zum 20. Jahrestag des Tiananmen-Massakers, der bei ihnen nur „Vorfall“ heißt, hat die „Global Times“ einen Artikel veröffentlicht. Darin hieß es, dass kaum jemand den Autoren an ein Interview geben wollte zu diesem „sensiblen Thema“. Erwähnt wurde auch, dass entsprechende Web-Seiten bei den chinesischen Suchmaschinen geblockt waren. Ansonsten aber stellten die Verfasser heraus, welch erfolgreichen Weg China in den vergangenen zwei Jahrzehnten genommen hat.

Der Artikel war das, was Lu eine „smarte Herangehensweise“ nennt. Sie wusste, die chinesischen Medien würden schweigen an diesem Tag. Und sie wusste, die ausländischen Medien würden berichten. Lu sagt: „Es sollte auch eine chinesische Stimme geben.“

Lu Jinxian hat durch ihr Journalismus-Seminar an der Universität von Illinois gelernt, dass verschiedene Menschen einen unterschiedlichen Blick haben auf die Welt. Doch beim Friedensnobelpreis gilt für die Leiterin der Meinungsredaktion keine andere Meinung. China habe, sagt sie, und zum ersten Mal wird ihre Stimme lauter, doch gerade erst in der Finanzkrise seinen Beitrag zum Wohlergehen der Weltwirtschaft geleistet, und dann komme da dieser Preis. „Das ist wie eine Demütigung.“

Und was sei das überhaupt für ein Preis? Der Dalai Lama habe den bekommen – ein Separatist. Und Gorbatschow! Jener Mann, unter dem die Sowjetunion zusammenbrach, weil er nicht nur die Wirtschaft modernisieren, sondern auch das politische System des Landes verändern wollte. Ob sich das Nobel-Komitee für China etwa das gleiche Schicksal wünsche? Wolle man Menschen ermutigen, die China destabilisierten? „Es ist nicht

nur ein Preis“, sagt Lu. „Es ist eine Verleugnung des politischen Systems Chinas. Es ist eine Verleugnung von Chinas Leistung.“

ZORNIGE PATRIOTEN

Die im Westen bejubelte Auszeichnung verletzt den Patriotismus vieler Chinesen, und Patriotismus ist heute das staatlich geförderte Gefühl, das Identität stiftet, das Riesenreich zusammenhält und auch die immer breitere Kluft zwischen dem armen und dem reichen China überbrückt. Allerdings kann der Patriotismus auch sehr schnell zu einem Nationalismus entarten, der so laut und schrill daherkommt, dass er die übrige Welt das Fürchten lehrt. Eine Gruppe pflegt ihn so sehr, dass sie sich einen eigenen Namen gemacht hat und sich selbst im neuen Oxford-Wörterbuch als Eintrag wiederfindet: „Fenqing“ – die „zornige Jugend“.

Es sind junge Chinesen in den Zwanzigern oder Dreißigern, oft Studenten, die meist im Internet eifern, und manchmal auch auf der Straße. Geeint im antijapanischen Ressentiment, wünschen sie etwa die „kleinen Japaner“ zur Hölle, wenn es wieder darum geht, wem die Diaoyu-Inseln gehören. Beim letzten Konflikt mit Tokio wegen eines festgesetzten chinesischen Fischerboots gerieten sie so sehr in Rage, dass sie in Chengdu ein japanisches Kaufhaus angriffen.

Ständig sehen sie das Ansehen Chinas beschädigt. Sie schimpfen, wenn eine taiwanische Schauspielerin sich im Fernsehen über chinesische Toiletten äußert oder nicht genug Betroffenheit zeigt beim Thema Massaker von Nanjing.

Sie wettern, wenn Basketballstar Yao Ming seine Tochter in den USA zur Welt kommen lässt. „Er ist unser Stolz. Wenn sein Kind die amerikanische Staatsangehörigkeit hat, verletzt das die Gefühle des chinesischen Volkes.“

Eine andere Spielart des Nationalismus pflegen manche chinesische Intellektuelle.

Leute wie Wang Xiaodong, einer der Autoren des Buchs „Unglückliches China“, das die USA angreift und zum Bestseller wurde. Oder Menschen wie Mo Luo, ein 49-jähriger Dozent an der Chinesischen Akademie der Künste, der zum Interview in ein Teehaus bittet.

Er hat ein Buch geschrieben mit dem Titel „China steht auf“, und das in einem Geist, den selbst die staatliche „China Daily“ als „sehr extremen Nationalismus“ bezeichnete. China, meint Mo, sei immer noch auf Knien. Seine Lösung: Rückbenennung auf die chinesische Kultur.

Und während die Serviererin im traditionellen grünen Qipao den Tee schwenkt, minutenlang, beginnt Mo mit ausgestrecktem Zeigefinger in die Luft zu stechen.

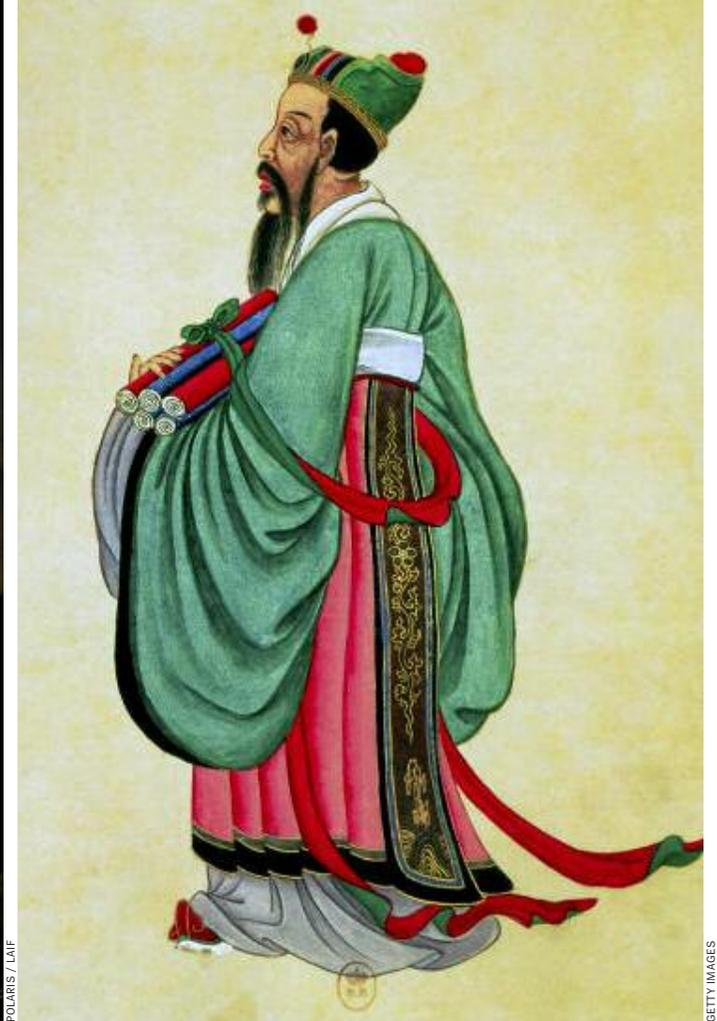
„Universelle Werte“, diesen Ausdruck kann er nicht leiden. Diese Werte, sagt Mo, seien vom Westen dazu benutzt worden, die Welt zu beherrschen. Mo hebt die Stimme. „In der Vergangenheit hat der Westen die Demokratie in anderen Ländern zerstört – im Namen der Demokratie. Hat anderen Ländern die Freiheit geraubt – im Namen der Freiheit. Hat die Menschenrechte der östlichen Länder verletzt – im Namen der Menschenrechte.“

Wieder und wieder sticht Mos Zeigefinger zu, während er Linien zieht von den europäischen Kolonialmächten über die Opiumkriege bis zur US-Invasion im Irak und der Forderung des Westens, die Entwicklungsländer sollten ihre CO₂-Emissionen reduzieren. Auch das, sagt Mo, sei doch nur ein „politisches Instrument, um Entwicklungsländer an der Entwicklung zu hindern“.

Mo schätzt die „zornige Jugend, die ihr Land liebt“. Er versteht, dass Chinesen seinerzeit die französische Supermarktkette Carrefour boykottierten, um gegen den Vorfall in Paris zu protestieren, als Demonstranten eine chinesische Fackelträgerin im Rollstuhl bedrängten.



Containerterminal im Hafen von Shenzhen: „Triumphalismus und Anmaßung“



Modenschau in Shanghai, Konfuzius-Gemälde aus dem 17. Jahrhundert: „Harmonische Gesellschaft“

Er glaubt, China müsse in Zukunft noch viel mehr an seine eigenen Interessen denken.

DER MAULKORB BLEIBT

Auch wegen solcher Stimmen fragt sich die Welt, was sie wohl zu erwarten hat, sollte Chinas Dominanz in den nächsten Jahren immer deutlicher werden. Wird China nach außen mit der gleichen Härte durchgreifen, wie es das heute nach innen gegen die Kritiker der KP-Herrschaft tut?

In den Minuten, als in Oslo das Nobelpreis-Komitee den Namen Liu Xiaobo verkündete und gleichzeitig verlangte, dass auch Großmächte kritisiert werden müssten, da hatte die staatliche Nachrichtenagentur der vor allem gemeinten Großmacht als jüngste Meldung etwas anderes zu berichten: Ein Kran, made in China, sei auf dem Weg zu den eingeschlossenen Bergleuten in Chile. Denn das ist die Botschaft, die China an die Welt senden möchte: Wir sind fähig, mächtig – und gut.

Doch die Realität in China sieht anders aus. Wenn sich die Gelassenheit einer Supermacht auch darin zeigt, wie sie mit ihren Kritikern umgeht, dann ist China noch weit von einer selbstsicheren Supermacht entfernt.

„Unseren Kindern wurde grausames Leid zugefügt. Wir haben nicht erwartet, dass der Weg, unsere Rechte einzuklagen,

auch noch voller Drangsal, Druck und Blockaden sein wird und so unseren Familien noch mehr Leid und Schmerzen zufügt.“

Das erklärte Zhao Lianhai, dessen Kind durch verseuchtes Milchpulver erkrankte. Er wurde am 10. November 2010 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er habe, hieß es, die öffentliche Ordnung gestört. Was er in Wahrheit getan hat: Er wollte den Milchpulverskandal aufklären, er sprach mit den Medien, gründete eine Web-Seite für betroffene Eltern und rief dazu auf, die Unternehmen zu verklagen.

In seiner Verteidigungsrede, die mittlerweile im Internet zirkuliert, sagt er: „Ich glaube fest daran, dass alles, was ich getan habe, aus dem Verantwortungsbewusstsein eines Bürgers geschah. Ich wünsche mir, dass meine Anstrengungen dazu beitragen, dass die Gesellschaft Fortschritte macht.“

Zhaos Anwalt weiß, dass er besser nicht mit der Presse redet. Einer, der reden will, ist der Anwalt Pu Zhiqiang, 46, auch wenn ihn die Polizei informiert hat, er möge das Interview nur telefonisch geben. Denn die Behörden wollen mithören.

Pu, ein Freund des Nobelpreisträgers Liu, ist einer jener mutigen Männer in China, die hoffen, dass sie dem Recht zur Macht verhelfen können. Pu sagt, es gehe ihm bei seinen Fällen immer auch darum,

die Öffentlichkeit zu erziehen, Beamte und Bürger.

Also verteidigte Pu einen Erdbeben-Aktivisten, der Beweise für den Pfusch beim Bau von Schulen gesammelt hatte, die während des Sichuan-Erdbebens zusammengebrochen waren. Urteil für seinen Mandanten: fünf Jahre Haft.

Er verteidigte einen tibetischen Geschäftsmann, der für seine Brüder eingetreten war. Sie hatten einen lokalen Polizeichef bezichtigt, in einem Naturreservat geschützte Tiere zu jagen. Urteil für seinen Mandanten: 15 Jahre Haft.

Pus Urteil über Chinas Rechtssystem: Noch immer dürfen die Gerichte keine unabhängigen Urteile fällen. Den Richtern fehle es an Moral. Bei Eingriffen in die Justiz wehrten sie sich zu selten.

Es ist die Unnachgiebigkeit, mit der der chinesische Staat noch mit seinen gutwilligsten Kritikern umgeht, die die Welt empört. Das Beispiel China zeigt, dass Soft Power ohne Menschenrechte eben nicht funktionieren kann. Strahlkraft lässt sich weder erzwingen noch kaufen. Strahlkraft lässt sich nur gewinnen.

Und auch wenn sich in China in den vergangenen Jahren die Anfänge einer Zivilgesellschaft herausgebildet haben: Die Kommunistische Partei misstraut Menschen, die sich organisieren und informieren und für ihre Rechte kämpfen. So tief ist ihr Misstrauen, dass sie sogar glaubt,

Gewiefte Angreifer

Nach Hacker-Attacken auf Computer deutscher Bundesbehörden führen Spuren erneut nach China.



Berliner Kanzleramt

Die E-Mails wirken unverdächtig. Unter sachlich gehaltenen Betreff-Zeilen wie „Expo Shanghai 2010“ gehen sie an deutsche Bundesbehörden und landen in den Postfächern der Beamten. Auch die angehängten Dokumente scheinen harmlos – bis man sie öffnet: Dann beginnen verborgene Spähprogramme, sogenannte Trojaner, mit dem heimlichen Absaugen interner Daten aus dem Behördennetz und transferieren sie via Internet nach Fernost.

Cyberangriffe wie diese gibt es mittlerweile offenbar mehrmals pro Tag. Rund 1600 „elektronische Angriffe mit nachrichtendienstlichem Hintergrund“ wurden laut Bundesinnenministerium allein zwischen Januar und September 2010 auf deutsche Bundesbehörden gestartet. Mehr als die Hälfte davon, so behauptet das Ministerium, seien auf „staatliche Stellen in der Volksrepublik China zurückzuführen“.

Die Angreifer seien gewieft, sagt ein hochrangiger Experte für Datensicherheit, „die Methoden der Hacker sind ausgefeilt“. Deshalb werden die digitalen Spione nur selten ertappt. Im August 2007 etwa berichtete der SPIEGEL über Cyberangriffe aus China auf Berliner Regierungscomputer. Betroffen waren damals das Kanzleramt, das Außen-, das Wirtschafts- und das Forschungsministerium.

Zwar erhöhten die Berliner Regierungsstellen die Sicherheitsstandards beim Datentransfer, doch auch die Angreifer gehen immer raffinierter vor. Den Eintritt in die Rechner gewähren kleine Lücken in weltweit genutzter Textverarbeitungs- oder Präsentationssoftware wie Word oder Powerpoint. Solche Schwachstellen machen es möglich, Dokumente, die mit diesen Programmen erstellt sind, zu manipulieren und damit Rechner fremd-

zusteuern. So können andere Dokumente unbemerkt kopiert werden. Über ein ganzes Netz von E-Mail-Adressen, verteilt rund um die Welt, fließen die Informationen schließlich zumeist nach China. Dort steuern Hacker das Schattennetzwerk.

Schwer zu beweisen ist allerdings, in wessen Auftrag die Cyberspione handeln. Nur ein paar Indizien deuten auf den chinesischen Geheimdienst und die Armee. Klandestine Datenströme münden oft in Chengdu, einer Universitätsstadt in der Provinz Sichuan. Dort ist nicht nur eine der größten Hacker-Gemeinschaften der Volksrepublik zu finden, sondern auch ein Cyberkriegszentrum der chinesischen Armee.

Hacker, die mutmaßlich Verbindungen zu chinesischen Geheimdiensten halten, installierten vom Reich der Mitte aus ein weltumspannendes Schattennetzwerk, fanden Spezialisten der Universität Toronto heraus. Über das Spionagenetz drangen die Angreifer in den vergangenen Jahren in 1300 Computernetzwerke ein. Betroffen waren Botschaften, darunter auch deutsche Auslandsvertretungen, das Büro des Dalai Lama sowie indische Ministerien und Behörden.

Ob chinesische Hacker bei ihren Angriffen auf deutsche Rechner heikle Interna abgesaugt haben, versuchen derzeit Verfassungsschützer und die IT-Experten vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik herauszufinden. Doch selbst wenn die Rekonstruktion des Datenklaus gelingen sollte, haben die Angreifer wohl nichts zu fürchten. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat in der vorigen Woche zwar einen Prüfungsvorgang eingeleitet, für ein Ermittlungsverfahren wegen Spionage fehlen aber bisher Anhaltspunkte.

SVEN RÖBEL,
ANDREAS WASSERMANN

sie müsse die Chinesen von Facebook und YouTube fernhalten. Denn die aufsteigende Weltmacht ist zugleich ein Staat, der sich vor seinen eigenen Bürgern fürchtet.

DAS NÄCHSTE ZIEL: TECHNOLOGISCHE ÜBERLEGENHEIT

Dafür trumpft China umso mehr gegenüber dem Ausland auf. „Taoguang yanghui“ – „Sein Licht unter den Scheffel stellen und den rechten Augenblick abwarten“: Dieser Rat, den Chinas Reformlegende Deng Xiaoping Ende des vorigen Jahrhunderts seinen Nachfolgern auf den Weg gab, gilt für das China von heute nicht mehr. Nach über drei Jahrzehnten der industriellen Aufholjagd sieht es immer weniger Grund zu taktischer Rücksichtnahme auf den Westen.

Noch ist China nicht allmächtig, aber es ist stark genug, immer öfter nein zu sagen. Zhou Xiaochuan, Gouverneur der chinesischen Zentralbank und ein Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, hat bereits vorgeschlagen, den Dollar als globale Leitwährung abzuschaffen und durch Sonderziehungsrechte des Währungsfonds zu ersetzen.

Heute ist es ein anderer prominenter Chinese, der öffentlich die Kreditwürdigkeit der USA in Frage stellt. Sein Schreibtisch ist so wichtig, dass eine Hochzeitsgesellschaft daran tafeln könnte. Guan Jizhong, 54, hat die breite Fläche vor sich freigeräumt. Nicht einmal einen Laptop braucht der Boss von Dagong, Chinas größter Rating-Agentur, bei seiner Mission, die Vormacht der westlichen Konkurrenten Moody's, Standard & Poor's und Fitch zu brechen – zum Wohl der ganzen Menschheit, wie Guan betont.

Zum zweiten Mal in fünf Monaten hat er hier von Peking aus die Kreditwürdigkeit der USA herabgestuft. Pünktlich vor dem jüngsten G-20-Gipfel strafe er die westliche Supermacht mit der Note A plus ab – die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua verkündete das Urteil in alle Welt. Guan wollte so die „ersten Defekte der US-Wirtschaft“ kritisieren. In dem Amerika den Dollar „böswillig“ abwerte, verletze es die Interessen von China, dem wichtigsten Gläubigerland.

Dem eigenen Land gewährte Guan dagegen die Rate AA plus. Es ist eine Kampfansage gegen westliche Rating-Agenturen, die den USA auch nach der Finanzkrise höchste Kreditwürdigkeit bescheinigten.

Inzwischen fordert China den Westen auch technologisch heraus. Die Zeiten, als die Weltfabrik nur billige T-Shirts oder Turnschuhe, Kassettenrecorder oder Computer für westliche Verbraucher lieferte, sind vorbei. China will zum Hightech-Labor der Welt aufsteigen.

Wer Liu Guangming, 53, zum Interview bittet, muss ihm zunächst eine „Geheimhaltungserklärung“ zurückfaxen, mit Unterschrift und Siegel. Damit muss

sich das ausländische Magazin verpflichten, ohne Einverständnis des Interviewten keine Informationen an Dritte weiterzugeben.

Als Staatsgeheimnis gilt in China vieles, was ehrgeizige Industriepaner als strategisch sensibel einstufen. Und Liu ist nicht irgendein Wissenschaftler, er und seine mehr als 200 Kollegen entwickelten Tianhe-1A, jenes elektronische Gehirn, das kürzlich zum schnellsten Supercomputer der Welt gekürt wurde.

Der Superrechner bewältigt 2,57 Petaflops – ein Petaflop entspricht einer Billion Kalkulationen in der Sekunde. Damit übertrumpft er seinen amerikanischen Rivalen XT5 Jaguar – der schafft nur 1,75 Petaflops.

In 13 langen Reihen, auf 700 Quadratmetern, füllt Tianhe das halbe Erdgeschoss. Das elektronische Ungetüm brummt vor sich hin, Liu streichelt mit der Hand über das graue Metallgehäuse.

Und was sagt Liu selbst zu seinem jüngsten Triumph über die USA, hat er mit seinen Kollegen gefeiert? Liu versteht die Frage nicht ganz. Feiern? Natürlich habe er sich gefreut, sagt er. In nur drei

Solchen Ehrgeiz spiegelt auch Chinas nächster Fünfjahresplan wider, rund 1,5 Billionen Dollar will die Volksrepublik in diesem Zeitraum in Zukunftsindustrien investieren. „Die chinesische Nation braucht starke Technologien, um aus dem Wald der Weltvölker herauszuragen“, schrieb Premier Wen im April im Parteiorgan „Qiushi“ („Streben nach Wahrheit“). Trotz aller Bekennnisse zur Marktwirtschaft vertrauen Chinas Planer lieber auf die Autorität der Partei. Wie ein Platzwart verteilt sie auf dem Zukunftsmarkt der Welt die Chancen.

Kraftwerke, Windräder, Solaranlagen – bis zu 70 Prozent der Produktionsanteile haben ausländische Hersteller in China fertigen müssen. Auf diese Weise sind sie praktisch gezwungen, ihre künftige chinesische Billigkonkurrenz selbst heranzuziehen.

Die Folge: Bei Projekten in Drittmärkten bleibt ihnen oft nichts anderes übrig, als sich chinesischen Billigkonsortien anzuschließen.

Auch deutsche Konzernchefs sehen ihre Weltmarktführung durch Chinas Industriepolitik mittlerweile bedroht. BASF-Chef Jürgen Hambrecht, lange ein begeis-

ob sie sich weiter mit Hilfe überlegener Technologie als führende Militärmacht behaupten können.

Denn China rüstet massiv auf, allein 2010 gab der Staat nach offiziellen Angaben rund 78 Milliarden Dollar für die Volksbefreiungsarmee aus. Das waren 7,5 Prozent mehr als im Vorjahr – und der tatsächliche Aufwand dürfte nach Schätzung ausländischer Militärexperten weit höher liegen. Allerdings: Selbst wenn sich Pekings tatsächliche Militärausgaben auf 150 Milliarden Dollar belaufen, was viele Experten annehmen, geben die USA einsteilen noch das Vierfache für ihre Streitkräfte aus.

Zwar warnen Amerikas Neokonservative wie Paul Wolfowitz oder Richard Perle inzwischen schon in hysterischen Tönen vor einem unausweichlichen Krieg mit China, doch in Sachen Rüstung kann die künftige Weltmacht einsteilen noch nicht mithalten.

Und doch setzt China auf eine strategische Neuausrichtung. Unter strenger Geheimhaltung plant die traditionelle Landmacht den Bau ihres ersten Flugzeugträgers. „Wir gehen von der Küstenverteidigung zur Verteidigung ferner Mee-



Reisanbau in der Provinz Yunnan, Supercomputer Tianhe-1A: Auf dem Weg zur Moderne die halbe Strecke zurückgelegt

Monaten, ohne Pause, Tag und Nacht, hätten sie den Supercomputer fertiggebaut, das sei ein Erfolg. „Aber die Arbeit geht weiter.“

Kürzlich kam Premier Wen Jiabao und inspizierte den Supercomputer. Er beglückwünschte die Wissenschaftler und spornte sie an: Jetzt komme es darauf an, nützliche Anwendungen für den Supercomputer zu entwickeln, habe er ihnen eingeschärft. Der Regierungschef habe recht, sagt Liu. Ein bloßer Wettbewerb mit den USA um den schnellsten Computer – das sei sinnlos.

Tianhe soll es den Chinesen ermöglichen, ihre gesamte Hightech-Industrie voranzubringen. Mit seiner Hilfe will China moderne Werkstoffe entwickeln, alternative Energien und die Biotechnologie erforschen, nach Öl suchen.

terter Fürsprecher der Chinesen, beklagte sich bei einem Treffen mit Premier Wen über die „erzwungene Offenlegung von Know-how im Gegenzug für Investitionsentscheidungen“. Er fügte hinzu: „Das entspricht nicht ganz unseren partnerschaftlichen Vorstellungen.“

Dank massiver staatlicher Förderung könnte China den Westen bald auch bei grünen Zukunftstechnologien abhängen: Giganten wie Sinovel und Goldwind stiegen zu führenden Windkraftfirmen auf. Um ihre gewaltigen Fabriken auszulasten, drängen sie nun verstärkt nach Europa und in die USA.

DIE MACHT DER MILITÄRS

Langfristig sehen sogar die Amerikaner ihre Hightech-Hegemonie bedroht. Für sie geht es inzwischen auch um die Frage,

re über“, verkündete Zhang Huachen, der Vizekommandeur der chinesischen Ostflotte 2010.

Nicht länger soll nur die eigene Peripherie gesichert werden. Vielmehr müsse das Land gegen „Bedrohungen unserer übergeordneten nationalen Interessen“ aufrüsten, fordert der Pekinger Strategieexperte Zhang Wenmu.

Und je eifriger die aufsteigende Großmacht aus aller Welt Rohstoffe und Nahrungsmittel aufkauft und diese über internationale Seewege in die Heimat verschifft, desto großzügiger definiert sie ihre „nationalen Interessen“.

Als ein potentieller militärischer Konflikttherd gilt aber noch immer Taiwan. Zwar rückt die demokratische Inselrepublik wirtschaftlich derzeit enger an das kommunistisch regierte Festland heran.



FREDERIC J. BROWN / AFP

Militärparade in Peking: „Große Stimme bei der Frage des Weltfriedens“

Doch als US-Präsident Obama Anfang 2010 den Verkauf neuer Waffen an Taiwan verkündete, reagierte Peking ungewöhnlich scharf und setzte alle militärischen Kontakte mit Washington aus.

Ob es China tatsächlich gelingt, in die Liga der Weltmächte aufzurücken, hänge davon ab, ob es die Wiedervereinigung mit Taiwan durchsetzen könne, mahnt der Pekinger Strategie Zhang. Wenn China nicht einmal in der Lage sei, „sein Eigentum“ zurückzuholen, fragt Zhang, wie solle es dann mit anderen Ländern „internationale Spielchen“ spielen?

Rund 1100 Kurzstreckenraketen haben Pekings Militärs auf die Insel gerichtet, die sie als abtrünnige Provinz betrachten. Chinas militärische Strategie zielt darauf, Taiwans Schutzmacht USA notfalls den Zugang zum westlichen Pazifik zu verwehren.

Im Zuge eines Drei-Stufen-Plans soll die Marine zunächst die „erste Inselkette“ von Japan über Taiwan bis zu den Philippinen abdecken und später ihren Radius über Guam, Indonesien, Australien ausbauen, bis sie 2050 schließlich zu einer maritimen Weltmacht aufgestiegen ist.

Zu diesem Zweck entwickelt China derzeit auch eine Anti-Schiffs-Rakete, die nach dem Wiedereintritt in die Erdatmosphäre präzise auf gegnerische Objekte ferngelenkt werden kann. Die Waffe soll aus Amerikas Flugzeugträger-Verbänden schwimmende Zielscheiben machen.

Doch welche Rolle sieht das Reich der Mitte selbst für sich vor? Wie gedenkt es seinen globalen Einfluss auszuüben, wenn es die USA tatsächlich als Supermacht abgelöst hat?

Wer solche Fragen in Peking stellt, spürt vor allem eins: die feste Entschlossenheit der Chinesen, klaren Antworten auszuweichen. Eine offene Debatte über die politischen und militärischen Konsequenzen aus Chinas Aufstieg wird peinlich vermieden.

Vor einiger Zeit ließ sich Hu Jintao mit seinem Politbüro auf speziellen Klausurtagungen von heimischen Gelehrten über Aufstieg und Fall früherer Weltmächte – Portugal, Spanien, die Niederlande, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Japan, Russland und die USA – seit dem 15. Jahrhundert vortragen.

Diese Referate regten die Führung dazu an, 2006 zum selben Thema eine Serie im Staatssender CCTV zu genehmigen. Erstaunlich objektiv untersuchte das Programm die historischen Ursachen für Erfolg und Scheitern großer Mächte, nur über mögliche Schlussfolgerungen für den Aufstieg der eigenen Nation erfuhren die Zuschauer kein Wort.

Stattdessen beschwört Staats- und Parteichef Hu auf Auslandsreisen weiterhin die Vision einer „harmonischen Welt“. Sie klingt ähnlich vage wie seine Idee von der „harmonischen Gesellschaft“, ein Slogan, den er im ganzen Land an Hausfassaden pinseln lässt und den er aus dem Konfuzianismus abgeleitet hat.

Eine „harmonische Welt“, wie Peking sie sieht, besteht laut Außenminister Yang aus folgender Ansammlung von Begriffen: „Gleichheit und Demokratie in der Politik, Kooperation und gegenseitiger Nutzen in der Wirtschaft, Koordination und gegenseitiges Vertrauen in Sicherheitsfragen sowie Austausch und gemeinsames Vorschreiten in der Kultur“.

„Gleichheit“, „Demokratie“ – was nach chinesischen Vorstellungen das Verhältnis aller Staaten untereinander regeln soll, steht auch in der chinesischen Verfassung. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Die Volksrepublik werde nie ein Mehrparteiensstaat mit Gewaltenteilung und einer unabhängigen Justiz sein, erklärte Wu Bangguo, der Chef des Nationalen Volkskongresses und dem Rang nach der zweite Mann im Staat nach Hu. Solange China der erfolgreichste Staat der Erde

bleibt, gibt es keinen Grund, an seinen Worten zu zweifeln.

Peking, Anfang Dezember 2010. Kameras klicken, die Luft ist stickig. Um einen ovalen Tisch im „Xinwen Dasha“, dem „Nachrichten-Hochhaus“ in Peking, drängen sich Journalisten aus aller Welt, sie sind gekommen, um die Verleihung des alternativen chinesischen Nobelpreises mitzerleben.

Der Konfuzius-Preis wird zum ersten Mal verliehen, die Jury, eine Gruppe regimetreuer Akademiker, hatte nicht viel Zeit. Der Preisträger, der taiwanische Politiker Lien Chan, weiß offiziell nichts von seiner Auszeichnung und ist auch nicht erschienen. Stattdessen nimmt ein kleines Mädchen den Preis entgegen, sie schaut eingeschüchtert in die Kameras.

Es ging darum, schnell eine chinesische Antwort zu finden auf den Friedensnobelpreis für Liu Xiaobo, den Dissidenten, dem am folgenden Tag in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen werden soll.

Die Jury lässt eine grüne Broschüre verteilen, ein Bild von Konfuzius zielt den Umschlag. „Norwegen“, heißt es darin über das Land, in dem trotz massiver chinesischer Warnungen der Nobelpreis an Liu verliehen wird, sei „nur ein kleines Land“. China dagegen verfüge „über mehr als eine Milliarde Menschen“, es müsse „eine große Stimme bei der Frage des Weltfriedens ausüben“.

„Wer die meisten Menschen hat, besitzt die Macht.“ Dieser Satz stammt noch von Mao Zedong, dem Großen Vorsitzenden und Nachfolger der großen Kaiser im Reich der Mitte. Seinen einbalsamierten Leichnam hat die Partei für ewige Zeiten in Peking öffentlich aufgebahrt, dort, wo die neue Weltmacht schon lange allein befindet – und auch künftig allein darüber befinden wird –, was Freiheit und Frieden bedeuten.

JAN PUHL,
SANDRA SCHULZ, WIELAND WAGNER